

## **Airbus A400M Regierung und EADS treffen zu neuen Gesprächen zusammen**

BERLIN - In den stockenden Verhandlungen über Mehrkosten beim Airbus A400M fordert die Bundesregierung mehr Bewegung vom Rüstungskonzern EADS. Die Verhandlungsposition von EADS/ Airbus sei schwach. Es sei an der Zeit, dass der Konzern dies zur Kenntnis und von seinen Maximalforderungen Abstand nehme, erfuhr die Deutsche Presse- Agentur dpa am Sonntag aus Regierungskreisen. Deutschland soll 60 der 180 Flugzeuge bekommen.

Auch das Kanzleramt schaltet sich stärker in den Preispoker ein. Am vergangenen Freitag hätten Spitzenmanager von EADS und Airbus in der Regierungszentrale Bericht erstattet, hieß es. Beim deutsch- französischen Ministerrat an diesem Donnerstag in Paris wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy auch über die Rettung des wichtigsten Rüstungsprojekts in Europa beraten.

Zuvor werden die Gespräche auf Beamtenebene an diesem Dienstag in Berlin fortgesetzt. EADS fordert von den Staaten eine Nachzahlung von 6,4 Milliarden Euro. Die Käufer wollen aber nur bis zu 2 Milliarden auf den Tisch legen.

Nach den Buchstaben des Vertrages aus dem Jahr 2003 sei die Lage klar: «Vertragsbrüchig ist erst einmal EADS», sagte eine mit den Verhandlungen vertraute Person der dpa. Auch hätten die Wirtschaftsprüfer festgestellt, dass EADS die durch Managementfehler verursachten Mehrkosten alleine schultern könne.